Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Der Milliarden-Überschuss ist kein Erfolg, sondern ein Armutszeugnis
2. Abstiegsängste bis weit in die Mittel- und Oberschicht verbreitet – Forscherin: Deutlich machen, dass Wandel der Arbeitswelt gestaltbar ist
3. Ökonom über EU-Haushaltsgipfel: „Die EU muss Google & Co besteuern"
4. Klare Mehrheit für eine Vermögenssteuer – kleine Elite dagegen
5. Deutsche Außenpolitik: Dahin, wo es wehtut
6. Selektives Comeback
7. Winfried Wolf: »Stuttgart21 aufzugeben würde als Gesichtsverlust angesehen«
8. Roland Koch soll für sein Intermezzo in der Wirtschaft zahlen
9. Auch niedrige Stickstoffdioxid-Werte verursachen bis zu 8000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr in Deutschland
10. Progressive Heimatgefühle
11. Jan Korte, DIE LINKE: Der verlängerte Arm Erdogans in Deutschland
12. Norwegischer Erfolgsrausch mit 6000 Asthma-Dosen
13. Sporthelden
14. Zu guter Letzt: Hauptverantwortlicher dafür, dass SPD bei 15,5% steht, empfiehlt SPD Große Koalition

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Der Milliarden-Überschuss ist kein Erfolg, sondern ein Armutszeugnis**
   Deutschland hat 2017 einen Überschuss von 36,6 Milliarden Euro erzielt. Das klingt gut, zeugt aber nur von schlechter Politik.
   Die schwäbische Hausfrau ist das Leitbild der deutschen Finanzpolitik – mit ihrer schwarzen Null als unbestrittenem Ziel. Im letzten Jahr war die Null so tiefschwarz, dass man eigentlich nicht mehr umhin kann, sie einen Überschuss zu nennen. Der Staat, einschließlich Sozialversicherungen, hat 1,1 Prozent der Wirtschaftsleistung weniger ausgegeben als eingenommen.
   Was wie ein Erfolg daherkommt und weithin auch so kommentiert wird, ist schlechte Politik. Ja, es stimmt schon, dass die Staatsverschuldung geringer wird, und dass das

für sich genommen eine gute Sache ist. Aber es wiegt bei Weitem nicht die Nachteile und vergebenen Chancen auf.
Die sparsame schwäbische Hausfrau ist ein Segen, solange sie das macht, was sie gut kann: mit einem gegebenen Budget so haushalten, dass es reicht und für unvorhergesehene Ausgaben oder schlechte Zeiten eine gewisse Reserve da ist. Aber wenn sie nach diesem Prinzip auch das Regiment über den Familienbetrieb übernimmt, dann wird es kritisch. Dann gibt es kein vorgegebenes Budget, sondern es muss investiert werden, damit später die Einnahmen stärker fließen.
Lässt die wildgewordene schwäbische Hausfrau nur aus den laufenden Einnahmen finanzierte Investitionen zu, und besteht sie zusätzlich noch darauf, zu sparen, um die ererbten Schulden zu begleichen, dann sieht es schlecht aus für den Betrieb. In schlechten Zeiten wird gespart und nicht investiert. In guten Zeiten wird nur das Nötigste investiert und der Überschuss für Schuldentilgung verwendet. So kann sich die Hausfrau jedes Jahr für ihre schwarze Null feiern, bis der Betrieb irgendwann wegen technischer Veraltung und Rückständigkeit zumachen muss.
Quelle: Norbert Häring im Handelsblatt

2. **Abstiegsängste bis weit in die Mittel- und Oberschicht verbreitet – Forscherin: Deutlich machen, dass Wandel der Arbeitswelt gestaltbar ist**
   Abstiegsängste sind in Deutschland bis weit hinein in die Mitte der Gesellschaft verbreitet. Menschen mit geringem Einkommen und Arbeitsplatzsorgen sind am stärksten belastet. Doch auch etliche Beschäftigte, die ihren Job für sicher halten, sorgen sich um ihren Lebensstandard oder die Alterssicherung und erleben zunehmenden Druck und Kontrolle bei der Arbeit. Zu diesen Ergebnissen kommt eine neue, von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie.
   Nach dem starken Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr stellt sich die Frage: Wie lässt sich erklären, dass diese Partei so viele Stimmen gewinnen konnte? Eine Analyse der Soziologin Prof. Dr. Bettina Kohlrausch kommt zu dem Ergebnis: Die AfD profitiert von Verunsicherung in der Bevölkerung. Vor allem weit verbreitete Abstiegsängste spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie reichen weit in die Mittelschicht bis hin zu Besserverdienern. Bei vielen Menschen kommt ein Gefühl des „Ausgeliefertseins“ hinzu, vor allem am Arbeitsplatz. Für ihre Untersuchung hat die Wissenschaftlerin der Universität Paderborn eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Umfrage ausgewertet, durchgeführt Anfang 2017 vom Meinungsforschungsinstitut Policy Matters. Dabei wurden knapp 5000 Personen ab 18 Jahren zu ihren politischen Einstellungen, Werten sowie Sichtweisen auf die Arbeitswelt befragt.
   Quelle: Hans Böckler Stiftung
3. **Ökonom über EU-Haushaltsgipfel: „Die EU muss Google & Co besteuern“**

Die EU verhandelt über ihren neuen Haushalt. Ökonom David Rinaldi fordert eigene Einnahmen durch Steuern auf die Gewinne von Google oder Amazon.
Die EU steigt in die Verhandlungen über den neuen Haushaltsplan ab 2020 ein. Was halten Sie von den Vorschlägen von EU-Kommissar Günther Oettinger?
David Rinaldi: Bisher liegt noch kein fertiger Entwurf vor, die EU-Kommission ist auf der Suche nach zündenden Ideen. Was Oettinger vorgeschlagen hat, läuft auf eine Kürzung aller Budgetposten hinaus, mit Ausnahme der Bildungs- und Forschungsprogramme Erasmus plus und Horizon 2020. Dadurch würde die vom EU-Budget eigentlich gewollte Umverteilung gestoppt und die wachsende Ungleichheit in den 28 EU-Staaten weiter verstärkt.
Gäbe es Alternativen? Bisher heißt es, der Brexit mache Einschnitte unvermeidlich.
Ja, es gibt durchaus Alternativen. Die Budgetberatungen sind eine gute Gelegenheit für eine Neuausrichtung der EU-Politik. Ein Schwerpunkt sollte dabei auf Investitionen und Konvergenz liegen. Bisher wird die wirtschaftliche Annäherung nur durch die sogenannten Konvergenzkriterien im Stabilitätspakt für den Euro definiert, also durch Abbau der Defizite und eine „Konsolidierung“ der nationalen Finanzen. Echte Konvergenz, also wirtschaftliche Annäherung, lässt sich aber nur durch Investitionen in das Humankapital, Innovationen und höhere Produktivität erreichen.
Quelle: taz

4. **Klare Mehrheit für eine Vermögenssteuer – kleine Elite dagegen**
   Eine Ablehnung der Vermögenssteuer durch die breite Bevölkerung wäre auch paradox: Weil Vermögen so stark bei einer sehr kleinen Gruppe konzentriert sind, wären die meisten von Vermögenssteuern nicht betroffen und würden sogar potenziell profitieren – wieso sollten sie dann dagegen sein? Vermögenssteuern sind nicht nur gerecht, weil mit ihnen die Superreichen zur Finanzierung öffentlicher Leistungen beitragen; mit Vermögenssteuern wird der Besitzstand belastet, Leistung aus Arbeit könnte im Gegenzug entlastet werden.
   Sogar aus einer individuellen, egoistischen Perspektive ist zu erwarten, dass die meisten Menschen für Vermögenssteuern sind: Weil sie selber keine zahlen würden, aber wegen der starken Konzentration an der Spitze der Verteilung dennoch relevante Beiträge zum Steueraufkommen möglich sind. Kennen also die Menschen die Fakten nicht? Sind sie von der Propaganda weniger Reicher so überzeugt, dass sie sich die Argumentation zu eigen gemacht haben?
   Es stellt sich heraus: Es gibt kein Paradoxon. Der Fehler liegt in der Einschätzung der Mehrheitsmeinung. Tatsächlich gibt es in Österreich solide Mehrheiten für eine Steuer auf hohe Vermögen. Alle öffentlich verfügbaren Umfragen zeigen, dass eine absolute Mehrheit – in den meisten Umfragen sogar fast eine Supermehrheit von zwei Dritteln – Vermögenssteuern befürwortet. Diese Umfragewerte ziehen sich ohne klare

Abweichungen durch alle Zeitungen und Meinungsforschungsinstitute. Die Menschen wissen anscheinend recht genau, wie ihre Interessenslage aussieht; sie identifizieren sich nicht fälschlicherweise mit den Reichen. (…)
Auch über Erbschaftssteuern wurde in den letzten Jahren diskutiert, wenn auch nicht so intensiv wie über eine Vermögenssteuer. Nicht zuletzt sind auch die großen Erbschaften überwiegend bei wenigen sehr reichen Menschen konzentriert. Das zementiert die Ungleichheit über Generationen ein. Dennoch haben Erbschaftssteuern wegen des sensiblen Familien- und Todesthemas in der breiten Bevölkerung weniger Zustimmung erhalten als eine Vermögensabgabe. Die Meinungsumfragen sind bei diesem Thema somit weniger eindeutig. Zuletzt veröffentlichte aber das Profil im Juli 2017 eine Umfrage – zumindest hier ist eine absolute Mehrheit von 56 Prozent für eine Erbschaftssteuer.
Quelle: A&W blog

Anmerkung Christian Reimann: *Und in Deutschland? Sind die Forderung nach Vermögens- und Erbschaftssteuern hierzulande nicht mehrheitsfähig?*

5. **Deutsche Außenpolitik: Dahin, wo es wehtut**
Die neue Große Koalition kümmert sich zu wenig um Außenpolitik. Im Koalitionsvertrag geht sie fast unter. Dabei müssen wir viel mehr über Deutschlands internationale Rolle sprechen als bisher. Ein Gastbeitrag.
Quelle: Omid Nouripour auf FR Online

Anmerkung unseres Lesers U.J.: *Es bestätigt sich auch hier wieder einmal mehr, was aus der einstmals pazifistischen Bewegung innerhalb der Grünen wurde: Nichts. Herr Nouripour beklagt sich am Ende gar, dass unter der Bevölkerung gemäß irgendeiner Umfrage ..” nur 38 Prozent bereit wären, unsere Nachbarn im Falle eines russischen Angriffes zu verteidigen..” und schlussfolgert: wir hätten da wohl “….ein unbestreitbares Defizit in der außenpolitischen Debatte”. Unverhohlener kann eine anti-russische Propaganda ja kaum noch daher kommen.*

Im Artikel wird gebetsmühlenartig einer verstärkten der oft zitierten größeren “außenpolitischen Verantwortung” Deutschlands das Wort geredet. Was dies genau bedeutet, beantwortet er jedoch nicht. Aber er folgert: “Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, dass was für den Erhalt von Deutschlands Sicherheit notwendig ist und wie deutsche Verantwortung in der Welt mit Leben gefüllt werden kann.”

Bleibt für mich die bittere Frage, wie viele Menschen in aller Welt bei einer drohenden

Umsetzung dieser neuen Außenpolitik Deutschlands ihr Leben werden lassen müssen, damit wir diese angebliche Verantwortung "mit Leben füllen können". Zynischer kann m.E. dieser Neu-Orwell-Sprech nicht mehr daher kommen.

6. **Selektives Comeback**
   Die Autoren westlicher Studien zum russischen Militär geben sich seit 2014 in der Regel »überrascht« von dem, was dieses zuletzt an »Fähigkeiten« demonstriert habe. Das kann stimmen, muss es aber nicht. Denn das Bild einer unangenehmen Überraschung durch den potentiellen Hauptgegner kann natürlich auch dazu dienen, dessen besondere Gefährlichkeit zu illustrieren. Sollte die Aussage aber stimmen, dann könnte sich Russlands Militär als erstes Plus zugute halten: Es hält dicht und konnte seine Modernisierung abgeschirmt von der Spionage des Gegners in Gang bringen.
   Alle Aussagen über den realen Stand der Kampfkraft der russischen Armee sind also unter dem Vorbehalt zu betrachten, dass sie auf interessengeleiteten Veröffentlichungen beruhen – von beiden Seiten. Insbesondere tut man gut daran, die Vielzahl von Meldungen über angebliche neue Superwaffen, die sich im russischen Internet finden, mit einiger Vorsicht zur Kenntnis zu nehmen. Da kann auch viel Bluff dran sein. Denn mit 80 Milliarden Euro jährlich gibt Russland nur einen Bruchteil dessen für sein Militär aus, was die USA oder die NATO insgesamt für ihre Streitkräfte aufwenden. Wunder sind da unwahrscheinlich. Und auch wenn nach westlichen Studien 50 Prozent der russischen Spitzenforscher fürs Militär arbeiten, gilt die Innovationsfähigkeit des russischen militärisch-industriellen Komplexes schon wegen Personalmangels als begrenzt. Mindestens 120.000 Spezialisten sind seit 1991 aus der Branche abgewandert, teils ins Ausland, teils in andere Berufe. Erkennbar ist aber eine Spezialisierung auf Defensivwaffen und Mittel der elektronischen Kriegführung, um potentielle Angreifer zu desorientieren. Man will die Falle des umfassenden Rüstungswettlaufs vermeiden, der die Sowjetunion in den wirtschaftlichen Ruin getrieben hat. Die erwähnten hurrapatriotischen Meldungen im russischen Internet wecken Zweifel, ob dies gelingt.
   Quelle: junge Welt
7. **Winfried Wolf: »Stuttgart21 aufzugeben würde als Gesichtsverlust angesehen«**
   Ein Interview mit Winfried Wolf zu den Hintergründen des Stuttgarter Bahnhofsprojekts »Stuttgart21« und zu den Chancen, es doch noch zu stoppen. Wolf ist Verkehrsexperte, Buchautor und Herausgeber der Zeitschrift »Lunapark21«.
   Der Stuttgarter Bahnhof, ein Kopfbahnhof, soll in einen unterirdischen Durchgangsbahnhof umgebaut werden. Dagegen regt sich seit vielen Jahren energischer Widerstand. Was sind die Hauptkritikpunkte an diesem Projekt

»Stuttgart21«?
Winfried Wolf: Mir erscheinen hier vier Aspekte entscheidend. Erstens der »Schrägbahnhof«: Der S21-Tiefbahnhof wird mit 15,1 Promille eine Gleisneigung haben, die beim Sechsfachen des »eigentlich« Erlaubten liegt. Die Spitze eines 430 Meter langen ICE wird um 6,1 Meter tiefer liegen als das Ende des Zugs. Das muss regelmäßig zu gefährlichen, auch das Leben von Fahrgästen bedrohenden Wegrollvorgängen führen. Zweitens ist S21 ein Fass ohne Boden: 1995 waren 4 Milliarden geplant, allerdings DM; 2011 waren es dann 4,5 Milliarden, nun jedoch Euro. Diese Summe wurde vom Bahnchef Grube persönlich als »Sollbruchstelle« bezeichnet – ab diesem Betrag werde S21 »unwirtschaftlich«. Seit Januar 2018 sind es bahnoffiziell 8,2 Milliarden Euro. Der Bundesrechnungshof geht von 9,5 Milliarden aus. Drittens ist es der Kapazitätsabbau: Während es bei der Elbphilharmonie und dem Berliner Flughafen BER am Ende mehr Kapazitäten (welcher Art, das sei hier dahingestellt) gibt, wird im Fall Stuttgart21 viel und immer mehr Geld dafür ausgegeben, dass die Kapazität eines bestehenden, seit 90 Jahren sehr gut funktionierenden Kopfbahnhofs um mehr als 30 Prozent verkleinert wird: von 16 Kopfbahngleisen auf acht Durchfahrgleise. Viertens schließlich ist die Problematik Gipskeuper wichtig: Von den 60 km langen S21-Tunnelbauten verlaufen 16,7 km im quellfähigen Anhydrit (Gipskeuper). So gut wie alles spricht dafür, dass es in diesen Tunnel während der Bauzeit oder nach Fertigstellung zu unkontrollierbaren Quellvorgängen kommt. Welche Folgen das haben kann, lässt sich im Breisgau studieren: Dort hebt sich in Folge von banalen Geothermie-Bohrungen, bei denen man versehentlich in Anhydrit-Bereiche geriet, seit einem Jahrzehnt der Boden unter dem kleinen Städtchen Staufen; seit 2007 um 60 Zentimeter. 200 Häuser sind betroffen, zwei Häuser mussten bereits abgerissen werden – darunter das Technische Rathaus.
Quelle: Blickpunkt WiSo

8. **Roland Koch soll für sein Intermezzo in der Wirtschaft zahlen**
Er war einer der sehr seltenen Quereinsteiger an die Spitze eines Konzerns, und er scheiterte am Ende grandios: Roland Koch, heute 59 Jahre alt, war mehr als zehn Jahre lang CDU-Ministerpräsident in Hessen – und wechselte dann nach seinem Rückzug Ende 2011 in die Wirtschaft. Der Politiker und Jurist wurde Vorstandsvorsitzender des Mannheimer Bau- und Dienstleistungskonzerns Bilfinger, blieb aber nur bis 2014. Dann schied er wieder aus, wegen Erfolglosigkeit. Bilfinger versank in der Krise.
Kochs Intermezzo in der Wirtschaft wird ein Nachspiel haben: Bilfinger fordert Schadenersatz von dem ehemaligen Vorstandschef sowie von anderen Managern aus den Jahren 2006 bis 2015. Der Aufsichtsrat unter der Führung des langjährigen Metro- und Daimler-Managers Eckhard Cordes wirft ihnen unter anderem vor, sogenannte

Compliance-Managementsysteme, also Regeln für gute Unternehmensführung, nicht ordnungsgemäß eingeführt zu haben. Insgesamt geht es bei den Forderungen immerhin um rund hundert Millionen Euro. Koch sei sich keiner Schuld bewusst, sagt sein Sprecher dazu.
Quelle: Süddeutsche

9. **Auch niedrige Stickstoffdioxid-Werte verursachen bis zu 8000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr in Deutschland**
In einer Studie des Umweltbundesamtes, die dem ARD-Politikmagazin REPORT MAINZ exklusiv vorliegt, wurde nach Angaben der Forscher erstmals flächendeckend für Deutschland untersucht, welche gesundheitlichen Schäden durch Stickstoffdioxid verursacht werden können. Die Wissenschaftler kommen zu dem Ergebnis, dass auch sehr geringe NO2-Konzentrationen, wie in ländlichen Gebieten, gravierende gesundheitliche Folgen haben können – und zwar auch weit unterhalb des gültigen Jahresmittel-Grenzwertes von 40 µg / m³ Luft.
Laut der Studie treten vorzeitige Todesfälle bereits ab einer längeren Stickstoffdioxid-Konzentration von rund 10 µg / m³ Luft auf. Dieser Wert wird jedoch in Deutschland selbst in ländlichen Gebieten oft überschritten.
6000 bis 8000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr seien allein auf Herzkreislauferkrankungen zurück zu führen, die durch Stickstoffdioxid ausgelöst wurden. In verkehrsreichen Gegenden und Ballungszentren seien die gesundheitlichen Schäden durch NO2 noch deutlich größer, betonen die Forscher. Nach Angaben der Forscher könnten noch weitere tausende vorzeitige Todesfälle hinzukommen, die durch andere Krankheiten entstehen. Wissenschaftler gehen davon aus, dass auch Schlaganfälle, Lungenerkrankungen wie Asthma oder COPD sowie auch Diabetes durch Stickstoffdioxid ausgelöst oder verschlimmert werden können. Allerdings ist bei diesen Erkrankungen der Zusammenhang mit Stickstoffdioxid nicht so stark durch Studien belegt, wie bei den Herzkreislauferkrankungen.
Quelle: Report Mainz

dazu: Hardware-Nachrüstungen an Dieselfahrzeugen sind wirksam
Der ADAC Württemberg e.V. hat mit Unterstützung des baden-württembergischen Verkehrsministeriums nachgewiesen, dass Hardware-Nachrüstungen an Euro-5-Dieselfahrzeugen nicht nur möglich, sondern auch hochwirksam sind. Bis zu 70 Prozent (innerorts) beziehungsweise 90 Prozent (außerorts) weniger Schadstoffausstoß lassen sich laut neuesten Messungen durch Nachrüstungen an solchen Fahrzeugen erreichen. Für besonders belastete Gebiete wie das Stuttgarter Neckartor könnte dies eine Verbesserung der Luftqualität um bis zu 25 Prozent mit sich bringen.

Quelle: ADAC

10. **Progressive Heimatgefühle**
Den Heimatbegriff den Rechten zu überlassen, dürfen sich Linke nicht erlauben, meint Roberto J. De Lapuente […]
Die Welt ist eine Summe von Heimaten. Von Gegenden, in denen sich die, die dort geboren wurden oder später dazukamen, im Alltag bewegen. Eine linke Definition darf freilich nicht dem konservativen Idyll auf dem Leim gehen, wonach Heimat der Ort ist, wo man sich glücklich fühlt. Es ist der Ort, an dem man die globale Gesamtheit auf eine Übersichtlichkeit schrumpft, die man im progressiven Kampf benötigt. Heimat ist nicht, wo alle eine Sprache sprechen, sondern wo alle sich auf einen Konsens zwecks Zusammenlebens einigen müssen.
Gerade mit dem Anschwellen neoliberalen Einflusses und mit der Trivialisierung neoliberaler Theoreme im Alltag wäre eine linke Definition notwendiger denn je gewesen. Denn in der neoliberalen Vorstellung ist der Mensch ein heimatloses, d. h. ein nicht sesshaftes Wesen, ruhelos und ohne Basis. Ein Entwurzelter, dem man Flexibilität und Mobilität geradezu aufdrängen muss. Orts- und Stadtwechsel: Das sei doch menschliche Normalität. Die meisten Menschen empfinden das allerdings nicht so; sie erkranken an dieser Ruhelosigkeit, wollen einen sicheren Hafen. Heimat kann also auch was anderes als Nationalstaat sein: nämlich Sozialstaat, der Garant dafür, sich als Mensch nicht plumpen Marktmechanismen unterordnen zu müssen.
Quelle: Heppenheimer Hiob
11. **Jan Korte, DIE LINKE: Der verlängerte Arm Erdogans in Deutschland**
In der Bundesrepublik herrscht Presse- und Meinungsfreiheit, und das ist gut so. Die Repression gegen Oppositionelle und Journalisten in der Türkei sollte uns daran erinnern, wie wichtig es ist, das Grundgesetz und die darin verbrieften Rechte jeden Tag zu verteidigen. Wer die Pressefreiheit relativiert und meint, per Bundestagsbeschluss einzelne Journalisten rügen und kritisieren zu können, macht sich zum verlängerten Arm Erdogans in Deutschland und legt Hand an unsere Verfassung.
Quelle: YouTube

Anmerkung André Tautenhahn: *Es ist schon erstaunlich, dass ausgerechnet die emotionale Rede von Cem Özdemir quer durch alle Medien aufgegriffen und zitiert wird. Inhaltlich war die Rede von Jan Korte um Längen besser.*

12. **Norwegischer Erfolgsrausch mit 6000 Asthma-Dosen**
    - Bereits vor dem Ende der Olympischen Spiele von Pyeongchang hat das norwegische Team seinen Medaillenrekord von Lillehammer und Sotschi

überboten.

- Allerdings haben die Norweger für 121 Sportler 6000 Asthma-Dosen mit nach Südkorea gebracht.

- Das muss nicht verboten sein, unumstritten ist der flächendeckende Gebrauch von Asthma-Mitteln im Ausdauersport aber auch nicht.

Tatsächlich sind Asthmamittel im internationalen Spitzensport weit verbreitet, ihre Benutzung ist mit medizinischer Ausnahmegenehmigung erlaubt, aber trotzdem nicht unumstritten. Bei Marit Björgen fällt einem eine Szene von Vancouver 2010 ein. "Marit weiß genau, dass sie ohne ihre Hilfsmittel nicht viel zu bieten hätte", sagte die Polin Justyna Kowalczyk, das erregte Aufsehen: Im Gegensatz zu Björgen hatte sie selbst schon mal eine Sperre erhalten wegen des Wirkstofffs Glukokortikosteroid, angeblich in einem Schmerzmittel enthalten.
Als Björgen vor einem Jahr in Lahti zur erfolgreichsten WM-Langläuferin aufstieg, widmete sie eine Medaille ihrer Teamkollegin Therese Johaug, die derzeit wegen einer Dopingsperre fehlt: Im Oktober 2016 war sie auf das Steroid Clostebol positiv getestet worden, das in einer Lippen-Creme enthalten war, mit recht auffälligem Hinweis auf der Verpackung. Das war ein bemerkenswertes Bekenntnis zu einer Kollegin, die zumindest fahrlässig mit verbotenen Substanzen umgeht. Auch Martin Johnsrud Sundby, der neben dem Teamsprint-Gold in Pyeongchang im Skiathlon Silber und Gold mit der Staffel gewonnen hat, war schon einmal mit einer zweimonatigen Sperre belegt worden. Er hatte die Obergrenze für ein Asthmamittel überschritten und musste im Sommer 2016 zwei Monate pausieren.
Quelle: Süddeutsche

Anmerkung unseres Lesers U.D.: *Ja, Norwegen ist auf der „guten" und Russland auf der „schlechten" Seite oder hat hier die Pharma-Industrie ihre Finger im Spiel?*

13. **Sporthelden**
Die deutschen Siege bei den Olympischen Winterspielen im südkoreanischen Pyeongchang gehen zum Großteil auf das Konto von Soldaten der Bundeswehr. Nimmt man die Medaillengewinne von Angehörigen der Bundespolizei und des Zolls hinzu, wird deutlich, dass die BRD ohne die "Spitzensportförderung" ihrer Repressionsapparate bei internationalen Wettbewerben nahezu chancenlos wäre. Allein die deutschen Streitkräfte wenden nach eigenen Angaben jährlich zweistellige Millionenbeträge für die Ausbildung und das Training ihrer Athleten auf. Zur

Begründung heißt es, man wolle “Chancengleichheit gegenüber Sportlern anderer Staaten” herstellen. Verwiesen wird zudem auf den propagandistischen Aspekt der militärischen Sportförderung: “Sportsoldaten” würden weltweit nicht nur als “Repräsentanten” und “Botschafter” Deutschlands wahrgenommen, sondern dienten vielen Jugendlichen als “Vorbilder” und motivierten sie, eine “Karriere” bei der Truppe anzustreben, erklärt die Bundeswehr.
Quelle: German Foreign Policy

14. **Zu guter Letzt: Hauptverantwortlicher dafür, dass SPD bei 15,5% steht, empfiehlt SPD Große Koalition**
München (dpo) – Gerhard Schröder, der Hauptverantwortliche dafür, dass die SPD in zwei Jahrzehnten von über 40 auf 15,5 Prozentpunkte gefallen ist, macht heute bei einer Veranstaltung in München deutlich, was seine Partei als nächstes tun soll: eine Koalition mit CDU und CSU eingehen.
Er hoffe, dass sich die “kollektive Vernunft engagierter Mitglieder durchsetzt”, so der Ex-Kanzler, dessen Amtszeit der Beginn des Abstiegs der SPD war, in einer Rede bei der Wirtschaftsveranstaltung “Best Brands 2018”.
“Auch diejenigen, die nie SPD gewählt haben, müssen sehen, dass Deutschlands Stabilität auch von einer starken Sozialdemokratie abhängt”, so der ehemalige Politiker weiter, dem es seinerzeit mithilfe der Einführung der Hartz-Gesetze und zahlreicher weiterer Reformen des Arbeitsmarktes zulasten der Arbeitnehmer gelang, die beispiellose Stärkung der Sozialdemokratie von 40,9 (Bundestagswahl 1998) auf aktuell 15,5 Prozent (INSA-Umfrage vom 16.-19.2.2018) einzuleiten.
Quelle: Der Postillon